

Steinbruchgegner wehren sich weiter

Wird im Enzberger Steinbruch gesprengt, rufen die Bürger beim Landratsamt an – Von dort kommen inzwischen Gebührenbescheide

MÜHLACKER-ENZBERG. Nach wie vor herrscht bei den Mitgliedern der Bürgerinitiative (BI) „Steinbruchweiterung Enzberg? Nein Danke!“ Unmut. Wie bereits berichtet, verlangt das Landratsamt des Enzkreises von Bürgern, die sich über Sprengerschütterungen beschweren und regelmäßig die aktuellen Spreng-Messwerte erfahren möchten, eine Art Aufwandsentschädigung in Höhe von 27 Euro. Mehrere Gebührenbescheide wurden inzwischen verschickt, doch nun formiert sich Widerstand. Heinz Mühleisen, einer der Pressesprecher der BI, hat

mit Hilfe eines Rechtsanwalts Widerspruch gegen die Zahlungsaufforderung eingelegt und auch der Fraktionsvorsitzende der CDU im Mühlacker Gemeinderat und Kreisrat Günter Bächle schlägt sich auf die Seite der Beschwerdeführer.

Das Landratsamt begründet das Versenden von Gebührenbescheiden mit dem Aufwand, der jedes Mal betrieben werden müsse, um die Messwerte anzufordern und schließlich zu verschicken (PZ berichtete). Den Vorwurf, das Landratsamt wolle mit den Gebührenbescheiden etwaige künftige An-

rufer abschrecken, weist die Behörde zurück. „Würden die Ergebnisse der Messungen jedoch einfach im Internet veröffentlicht, wäre es mit dem Aufwand sehr überschaubar“, sagt Mühleisen, der auch weiterhin bei entsprechenden Sprengungen im Land-

”

„Es kann nicht sein, dass ich für Auskünfte bezahlen muss.“

Heinz Mühleisen

ratsamt anrufen will. „Es bringt ja auch nichts, einfach nur anzurufen und zu sagen, man fühlt sich belästigt. Wir wollen ja wissen, wie stark die jeweiligen Sprengungen gewesen sind.“

Wie Lokalpolitiker Bächle in einer Pressemitteilung erklärt, habe das Enzkreis-Umweltamt die Idee, die Daten künftig ins Netz zu stellen, nach einem Vorschlag der CDU-Fraktion bereits im Sommer des Jahres 2013 an das Steinbruchunternehmen sowie den zuständigen Sprengsachverständigen weitergegeben. Nach dem Kenntnisstand des Landratsamts wolle das

Unternehmen die Daten künftig im Internet veröffentlichen. Zudem könnten im Landratsamt die kompletten Messergebnisse eines Jahres kostenlos eingesehen werden – jedoch erst dann, wenn der Jahresendbericht vorliegt.

Das Problem, sagt Mühleisen, sei aber nicht nur, an die Messergebnisse heranzukommen: „Die Grenzwerte sind derart hoch, dass viele Bürger Angst um ihre Häuser haben.“ Wenn dann wieder einmal gesprengt werde, sei es nachvollziehbar, dass die Menschen wissen wollten, wie stark die Auswirkungen waren. *max/pm*